

II-2883 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1399/J

1981-09-18

A N F R A G E

der Abgeordneten Huber, Sandmeier  
und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend mehr Sicherheit für die Schüler in den Schulbussen

Die Einrichtung des Schülerzubringerdienstes hat sich in Österreich gut bewährt.

Während von Unternehmerseite her und im technischen Bereich der Zubringerdienst von sicherheitstechnisch in einwandfreiem Zustand und überwiegend modernen Fahrzeugen durchgeführt wird, ergeben sich nunmehr jedoch trotzdem Mängel im Bereich des Schülertransportwesens.

Es ist nämlich in weiten Bereichen Österreichs leicht feststellbar der Umstand eingetreten, daß ein großer Teil der Schülerzubringer-Fahrzeuge ständig überfüllt ist. Dieser Mangel steht im Zusammenhang mit verschiedenen kraftfahrechlichen Vorschriften. Insbesondere mit Bestimmungen des Kraftfahrzeuggesetzes und der Straßenverkehrsordnung.

In beiden gesetzlichen Regelungen ist nämlich eine Bestimmung enthalten, wonach für die Durchführung der Transporte der Grundsatz gilt, daß für die Berechnung der Platzanteile als Voraussetzung für die Errechnung der zulässigen Höchstbeförderungsmenge an Personen, je zwei Kinder im Alter bis 14 Jahren eine erwachsene Person ergeben.

Dieser Berechnungsmodus führt nun zu einer mehr oder weniger regelmäßigen Überfüllung der Schülertransporte. Dies hängt wiederum damit zusammen, daß sich gerade in den letzten Jahrzehnten das Wachstum sehr beschleunigt hat. Kinder in der Altersstufe von 10 - 14 Jahren sind durchschnittlich wesentlich größer, als ihre Altersgenossen vor etwa 20 Jahren. Infolge dieser Bestimmung macht sich nun das Übel breit, daß viele Kinder keinen Sitzplatz mehr finden können. Dadurch wird auch vielfach ein wesentlich unruhigeres Verhalten in den zur Beförderung bereitstehenden Fahrzeugen herbeigeführt. Dieses macht sich besonders schlecht im Falle des Aus- und Einsteigens bemerkbar, weil sich immer wieder Drängereien ergeben, die zur Gefährdung der körperlichen Sicherheit der Schulkinder führen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1) Ist Ihnen der Umstand, daß eine Großzahl der Autobusse zur Schülerbeförderung ständig überfüllt ist, zur Kenntnis gelangt?
- 2) Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um den derzeit unbefriedigenden Zustand aus der Welt zu schaffen und die Gefährdungen für Schulkinder, die sich bei der Überfüllung insbesondere beim Aus- und Einsteigen in Haltestellenbereichen ergeben, zu beseitigen?